

**Stellungnahme der FDP- Fraktion  
zur Nachtragshaushaltssatzung und zum Nachtragshaushaltsplan  
im Gemeinderat am 24. 2. 2021**

Da hat man sich gefreut über eine boomende Wirtschaft, steigende Steuereinnahmen und dachte – so könnte es bleiben. Allerdings weiß man ja schon von Wirtschaftszyklen. Womit niemand gerechnet hätte, war, dass eine Pandemie biblischen Ausmaßes über uns hereinbrechen könnte, die – so steht zu befürchten – mehr alte Wahrheiten und Gewohnheiten zumindest für lange Zeit hinweggefegt hat, als jede Krise seit dem zweiten Weltkrieg und der war menschengemacht.

Wir wissen, dass das nicht nur heute das Thema ist und sein wird, der Anlass für unsere Entscheidung zu einem Nachtragshaushalt und wir wissen, dass wir von Hall aus nichts Entscheidendes bewirken können.

Wir wissen, dass im ganzen Land, ja in der ganzen Welt Gemeinderäte und -verwaltungen vor gleichen Aufgaben sitzen und Entscheidungen treffen müssen, die niemandem gefallen können. Aber – der Mensch ist ja ein seltsames Wesen – es liegt ein Trost darin, dass alle im gleichen Boot sitzen, dass wir, insbesondere in Schwäbisch Hall, unsere Entscheidungen von einem sehr hohen Niveau aus treffen.

Der jetzige Nachtragshaushalt ist von der Verwaltung aus unserer Sicht gut vorbereitet und begründet worden. Erfreulich war, dass die Fraktionen in ihren Anträgen maßvoll und in der Debatte darüber auch fähig waren, Einsicht zu zeigen und auch einmal von etwas abzurücken, was man gerne gehabt hätte, dass man sich von Argumenten hat umstimmen lassen.

Dass wir manche Anträge und manches Abstimmungsverhalten gelinde gesagt verwunderlich halten, verwundert wohl niemanden. Dass unser Antrag auf Senkung der Gewerbesteuer abgelehnt wurde, hat uns nicht verwundert, wenn uns auch Unternehmen, die nicht Gewinner der Krise sind, bedeutet haben, dass sie sehr wohl einen Vorteil aus solch einer Senkung hätten schöpfen können. Denn das hängt ja doch auch von der Dauer der Senkung ab. Ganz ungewöhnlich vor dem Hintergrund früherer Beratungen um einen Nachtragshaushalt ist unser Antrag auch nicht, wenn ich daran erinnern darf, dass es der unvergessene Sozialdemokrat Dieter Vogt im Jahr 2005 war, der damals beantragte, ein Konjunkturprogramm für das örtliche Handwerk über eine Neuverschuldung aufzulegen. Ein zumindest ähnliches Vorhaben.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass das viel beschworene Nachhaltigkeitsprinzip bei der Aufstellung dieses Nachtrags beherzigt wird. Dies gilt insbesondere für die Entscheidung, den Bildungshaushalt nicht anzutasten. Damit zeigt die Stadt Schwäbisch Hall wieder einmal, dass sie sich mit Recht Bildungsstadt nennen darf und dass ihr die Entwicklung ihrer Jugend ein Anliegen ist. Ich weiß uns mit allen Fraktionen einig, dass wir auf diesem Sektor zusammenarbeiten.

Zwei Anmerkungen seien uns gestattet: Dass sich Lüftungsmaßnahmen aus räumlichen Gründen hier und da mit dem Platzangebot stoßen, stimmt, dass die Geräuschbeeinträchtigung störender sein soll als offene Klassenzimmertüren während des Unterrichtsgeschehens, leuchte uns allerdings bis heute nicht ein und wir befürchten, dass der Verzicht noch auf uns zurückfallen könnte, wenn zunehmende warme Außentemperaturen den Luftaustausch in den Zimmern erschweren.

Dass die Grundschule Hessental und deren Ausbau geschoben werden muss aus personellen Gründen zeigt, dass wir nicht nur ein Finanzproblem haben, sondern dass wir zunehmend

Probleme haben werden, unser gewohntes Angebot zu halten, weil uns Manpower fehlt. Aber das ist ein Problem, das wir heute nicht vertiefen können.

Die Schuldenaufnahme der kommenden Jahre ist nicht zu umgehen. Aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht in eine Falle tappen. Schulden sind schnell gemacht, aber es dauert lange, bis man sie wieder los ist und es belastet den Haushalt einer Stadt über viele Jahre. Die einzige Konsequenz, die wir daraus ziehen können und müssen, ist, dass wir so schnell wie möglich wieder prinzipiell ohne neue Schulden auskommen müssen. Was nicht finanzierbar ist, kann auch nicht gemacht werden.

Eigentlich verbietet sich also ein mit Schulden finanziertes Programm. Aber helfen kann die Stadt auch anders: Sie könnte dann, wenn jemand etwas unternehmen, investieren oder bauen will schnell und großzügig entscheiden, um den Weg schnell frei zu machen. Bürokratische Hindernisse verbieten sich.

Wir glauben auch einmal festhalten zu müssen, dass die Verwaltung von der Spitze bis zu den verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bemüht ist, der Lage der Zeit angepasst zu planen und zu handeln. Das hat sie in der Vergangenheit und bis heute summa summarum überzeugend unter Beweis gestellt.

Wir glauben weiter festhalten zu können, dass eine Mehrheit dieses Stadtrates dieser Politik kritisch, da und dort abweichend, aber insgesamt zustimmend gefolgt ist und dass diese Mehrheit den Konsolidierungskurs in der Vergangenheit mitgeprägt hat. Keine Selbstverständlichkeit. Lassen sie uns das in der Zukunft beibehalten.

Und wir glauben, dass die ganz überwiegende Zahl unserer Bürgerinnen und Bürger, vor allem auch die in Vereinen organisierten, zwar hier und da ob der Konsolidierungsmaßnahmen in der Vergangenheit mit den Zähnen knirschten. So wird es auch in den nächsten Jahren sein. Aber die Bürgerschaft hat und wird mit Vernunft und ohne Hysterie das Beste aus dem Weniger machen, das künftig nun eben mal zur Verfügung stehen wird.

Wir wiederholen an dieser Stelle zum xten Mal, dass wir die Haushaltsprobleme und mögliche Lösungen in einer Strukturkommission beraten und diskutieren sollten und zwar so bald wie möglich, nicht erst nach der OB-Wahl. Das wird sich aller Voraussicht wegen wahrscheinlichen zweiten Wahlgangs und möglicher fast schon traditioneller Anfechtung ziehen und schon wären wir im November oder noch später. Für uns denkbar wäre: Wir beginnen mit den Fraktionen unter Moderation des jetzigen Obs, dessen unbestrittene Finanzkompetenz uns sehr nützlich wäre, außerdem Mitwirkung von erstem Beigeordneten und Kämmerer. Ein neuer OB hätte dann schon erste "Denkmuster" der Fraktionen und könnte unproblematisch "einsteigen".

Und wir empfehlen dringend, dass wir das erst einmal unter uns tun. Wir sind absolut für Transparenz und Öffentlichkeit. Aber dieser Rat hat das Recht und unserer Meinung nach auch die Pflicht gelegentlich ohne jedes Schielen auf Öffentlichkeit und Presse völlig ungeschützt Alternativen zu diskutieren. Dann kommt etwas dabei heraus. Das widerspricht nicht demokratischen Grundsätzen, das ist in allen Demokratien üblich und alles muss ja letztlich zum öffentlichen Meinungsaustausch und Beschluss in den Rat.

Vielleicht hilft da ja ein Zitat aus einem Interview mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die in der FAS vom 21.2.21 über die Konferenz der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin sagte: „In dieser großen Runde ist eigentlich gar keine ... offene Diskussion möglich, weil alles, jeder Satz, sofort nach außen dringt. Es ist eine absolut nicht vertrauliche Runde. Das hat das Beratungsklima zerstört. Als Konsequenz wird versucht, sich in kleineren Gruppen vorher abzustimmen. Aber das ist nicht Sinn und Zweck der Sache.“

Wir hatten eine solche Kommission schon einmal. Wie damals sollten wir Einnahmemöglichkeiten und notwendige und gewünschte Ausgaben Punkt für Punkt abarbeiten; wir erhoffen uns Vorschläge für weitere Effizienzsteigerungen, werden auch eigene Ideen einbringen. Wir werden uns mit einsetzen für eine noch bessere interkommunale Zusammenarbeit und werden uns konstruktiv an den Überlegungen beteiligen durch bessere und intensivere oder überhaupt gänzlich neue Zusammenarbeit im Bereich des Sports, der Kultur, aber auch des Sozialen zu einem mehr an Qualität bei weniger Kosten und Aufwand zu kommen.

Wir alle wissen: Die großzügige Infrastruktur unserer Stadt, die vielzähligen freiwilligen Leistungen und Angebote hielten uns schon vor Corona in einer Schiefelage. Eine ausgeglichene, ebene Situation des öffentlichen Teils unserer Stadt in Relation zur Finanzstruktur war schon vor Corona nicht mehr gegeben, jetzt ist sie es schon gar nicht. Im Gegenteil die schiefe Fläche hat sich noch weiter geneigt. Daran haben wir keine Schuld, daran hat die Verwaltung keine Schuld, aber wir müssen damit umgehen, handeln, damit sich neue Chancen eröffnen.

Als erste Handlung begreifen wir diesen vorgelegten Nachtragshaushalt, der uns maßvoll und überlegt erscheint, dessen Maßnahmen des Zurücknehmens und Kürzens wir bejahend nachvollziehen und deswegen zustimmen werden.